

## **Änderungsantrag zur Besetzung des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur**

Liebe Klima- und Umweltschützer\*innen,

Ich bewerbe mich hiermit als Landesminister für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur und bitte den Landesparteitag von Bündnis 90 / Die Grünen um meine Nominierung.

### **Begründung:**

Wir müssen viel mehr tun als bisher vorgesehen ist, besonders beim Klima- und Umweltschutz. Mit über 10 Jahren Erfahrung beim Bau von Wind- und Solarkraftwerken plus viel mehr Jahren Politikerfahrung bringe ich das fachliche Wissen, aber auch den nötigen Schwung mit, Dinge anders, besser und schneller zu machen.

**Erstes Beispiel:** Unter der Überschrift „Klimaziel“ steht im Koalitionsvertrag:

*„Die Koalition bekennt sich dazu, ihre politische Arbeit auf die Erreichung eines Pfades zur Klimaneutralität, der die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels ermöglicht, auszurichten. Schleswig-Holstein soll das erste klimaneutrale Industrieland werden und dieses Ziel bis 2040 erreichen.“*

Das späte Jahr 2040 strebt selbst Baden-Württemberg an, dieses Jahr ist aber nicht kompatibel zur Einhaltung des 1,5 Grad Pfades. Denn über die Einhaltung der 1,5 Grad wird in diesem Jahrzehnt entschieden. Die Zeit läuft uns davon, also ist eine zentrale Aufgabe des zukünftigen Ministers, genau dies klarzumachen: Wir orientieren uns vertragskonform am 1,5 Grad Ziel, aber nicht an dem Zieljahr 2040, sonst landen wir bei über 2 Grad Erhitzung!

Mit dieser Klarstellung verbunden sind ganz viele kleinere Entscheidungen etwa die, wann wir die nächste Regionalplanungsrunde beginnen, der Startschuss muss noch dieses Jahr erfolgen, denn sonst wird das Regionalplanungsverfahren nicht einmal in dieser Legislaturperiode abgeschlossen. Macht das Klimaschutzministerium direkt zu Beginn der neuen Legislatur deutlich, dass das 1,5 Grad Ziel dieses Jahrzehnt fallen wird analog zur Aussage der Klimawissenschaft, dann steigt der Druck für Maßnahmen, für die Energie-, Wärme-, Mobilitäts- und Landwirtschaftswende für mehr Ökolandwirtschaft, viel weniger Tierleid und nie wieder Notfallzulassungen für unerlaubte Neonikotinoide und andere krankmachende Giftmittel.

**Zweites Beispiel:** Solardach-Pflicht ab 2025. Warum erst in über drei Jahren? Beim LNG-Terminal, den Fossilen, wird beschleunigt bis zum geht nicht mehr und die Umweltverträglichkeitsprüfung gestrichen, bei der erneuerbaren Solarenergie lassen wir wertvolle Jahre verstreichen. Aber die Solardach-Pflicht für Neubauten kann immer noch schneller kommen, wenn die CDU doch noch ein früheres Jahr als im Koalitionsvertrag vereinbart akzeptiert. Dafür müssen wir werben.

Aber auch ohne Klimaschutzmaßnahmen aus dem Koalitionsvertrag zeitlich vorzuziehen haben wir Handlungsmöglichkeiten. Wir müssen dringend mit den Super- und Baumärkten darüber verhandeln, dass deren große Parkplätze zur Solarenergienutzung verwendet werden. Darüber sagt der Koalitionsvertrag gar nichts aus, also ist es eine zulässige Maßnahme, die unser zuständiges Ministerium ergreifen sollte.

Genauso wie die Solardach-Pflicht bei neuen Gewerbebauten, neuen Supermarktdächern, neuen öffentlichen Bauten, Turnhallen schneller kommt als 2025. Neubauten wie das neue Schwimmbad an der Hörn in Kiel oben ohne, das können wir uns nicht mehr leisten.

### **Warum sollten wir nicht einfach Tobias Goldschmidt durchwinken?**

Beim Beschluss in Sachen flüssiges Erdgas (LNG) hat sich die Mehrzahl der Delegierten unseres Grünen-Landesparteitages meiner Empfehlung angeschlossen und wir Grüne in Schleswig-Holstein haben uns klar gegen ein LNG Terminal in Brunsbüttel ausgesprochen, weil wir auf Erneuerbare setzen und das LNG klimaschädlich, teuer, unsicher, auf Kosten Dritter und teilweise gefrackt und damit erheblich umweltschädlich ist.

Im Nachgang hat sich dann Tobias Goldschmidt wie auch schon 2019 trotzdem für das LNG-Terminal ausgesprochen und die öffentliche Wahrnehmung unserer Gesamtpartei bestimmt, sodass öffentlich nur noch der SSW als Kritiker des LNG-Terminals wahrgenommen wurde. Tobias mehrjährige Unterstützung des LNG-Terminals sollte nun nicht dazu führen, dass die Aufsicht über das Genehmigungsverfahren ebenfalls bei ihm als zuständigem Minister liegt.

Das im Schwarz-Grünen Koalitionsvertrag vereinbarte LNG Terminal Brunsbüttel und auch die vereinbarte Steigerung der Erdölfördermengen brauchen stattdessen eine kritische Begleitung, aber keine vorweggenommene Zustimmung von höchster fachlich zuständiger Stelle, sonst kann der Eindruck entstehen, dass diese klimaschädlichen Projekte durchgewunken werden sollen, wodurch der Widerstand der Klimabewegung umso größer ausfallen würde.

Eine gesteigerte Erdöl-Förderung im Nationalpark Wattenmeer hätte zumindest im Zusammenhang mit einem Tempolimit diskutiert werden müssen, denn durch unser mehr an Förderung ermöglichen wir ja gerade, dass auf Autobahnen in Deutschland unbegrenzt gerast werden darf. Einsparung wäre der erste Schritt in Zeiten einer Energiekrise.

Auch hier gehört das Verfahren in eine kritische Begleitung und darf nicht auf Basis des Koalitionsvertrages einfach durchgewunken werden.

Wir brauchen eine ambitioniertere Klima- und Umweltschutzpolitik. Das geht im Einklang mit dem Koalitionsvertrag, wenn wir in den Bereichen aktiv werden, die vom Koalitionsvertrag nicht ausgeschlossen werden. Außerdem sollten wir mit der CDU darüber sprechen, Klimaschutzmaßnahmen aus dem Koalitionsvertrag zeitlich vorzuziehen. Das möchte ich gerne tun, brauche dafür aber eure Unterstützung und gehe dafür diesen ungewöhnlichen Weg, denn es wird noch eine Menge ungewöhnlicher Wege und Menschen brauchen, damit wir die Klimakatastrophe unter Kontrolle bekommen.

Zum Schluss noch drei meiner aktuellen politischen Erfolge, für die ich mich sehr bei allen daran Mitwirkenden bedanke:

1. Einstimmiger Landesparteitags-Beschluss „GRÜNE für ernsthaften Klimaschutz entsprechend Wuppertal Institut und FRIDAYS FOR FUTURE“: [GRÜNE für ernsthaften Klimaschutz entsprechend Wuppertal Institut und FRIDAYS FOR FUTURE | GRÜNE Schleswig-Holstein \(sh-gruene.de\)](https://www.sh-gruene.de/aktuelles/landesparteitag-2022-11-12)
2. Ablehnung des LNG-Terminals in Brunsbüttel im Rahmen des Landtagswahlprogrammes 2022 (Beschluss des Grünen Landesparteitages): [Nord-Grüne bekräftigen Nein zum LNG-Terminal: Zeitung für kommunale Wirtschaft \(zfk.de\)](https://www.zfk.de/aktuelles/nord-gruene-bekraeftigen-nein-zum-lng-terminal)
3. Unsere GRÜNEN-Ortsverbände behalten auf Bundesebene ihr Antragsrecht (Beschluss Bundesdelegiertenkonferenz Januar 2022): [S-02: Streichung Antragsberechtigung der Ortsmitgliederversammlungen \(47. Bundesdelegiertenkonferenz, Antragsgrün\) \(gruene.de\)](https://www.gruene.de/aktuelles/s-02-streichung-antragsberechtigung-der-ortsmitgliederversammlungen)

**Wir haben einen Planeten zu retten, danke für euren Einsatz!**



Philipp

Für Fragen, Hinweise oder andere Gedanken: [philipp@schmagold.de](mailto:philipp@schmagold.de)

**Antragsteller\*innen:**

Dr. Philipp Schmagold, KV Plön

Sabine Schaefer-Maniezki, KV Pinneberg

Helmut Martens, KV Nordfriesland

Margrit Riede, OV Norderstedt, KV Segeberg

Ulrich Hühn, KV Kiel

Stephan Wiese, KV Lübeck

Jochen Simon, KV Rendsburg-Eckernförde

Klaus Langer, Bürgermeister Quarnbek, KV Rendsburg-Eckernförde

Dr. Peter Schröder, KV Nordfriesland

Dr. Reinhard Reche, KV Plön